

Guatemala Stadt, Ende März 2025

Notizen eines Anwalts in

Guatemala (109)

Die letzten Notizen schlossen mit der Einschätzung, dass das Eis für die Regierung noch hält, aber dünn ist. Es ist jetzt noch dünner und das hat sie sich zum Teil selbst eingebrockt. Nur ist vielleicht gar nicht mehr die Frage, ob es noch hält, sondern ob es noch dorthin führt, wohin der Wählerauftrag sie ursprünglich schickte.

Im Rahmen der Verhandlung des Haushalts 2025 ging es ab September auch um die Erhöhung der Entschädigungen der Abgeordneten; sie war wohl Teil der Verhandlungsmasse, um die notwendigen Stimmen für den Haushalt zu bekommen. Zuerst waren es nur Gerüchte, aber als er am 27.11. um Mitternacht verabschiedet wurde, schlossen 87 der 160 Abgeordneten in letzter Minute eine Klausel ein, mit der ihre Einkünfte in Zukunft völlig unproportional erhöht werden konnten.¹

SEMILLA, VOS und einzelne Abgeordnete stimmten zwar dagegen, einige gaben später sogar die erhaltene Erhöhung zurück, aber sie blieben ruhig, allen voran SEMILLA. Als das Präsidium dann im Dezember beschloss, diese Erhöhung tatsächlich um- und durchzusetzen, war die Empörung enorm, und wieder hörte man von SEMILLA nichts. Der fatale Eindruck, dass dieses Schweigen Teil der Absprachen war, verfestigte sich mit der Zeit. SEMILLA sah weiter zu und der Bevölkerung blieb das nicht verborgen; Umfragen im Januar zeigten, dass das Vertrauen zu Arévalo und SEMILLA sank. Mit der ersten Auszahlung der Erhöhung 2025 beschleunigte sich das noch.

¹ Bis heute ist die genaue Höhe der erhöhten Bezüge nicht klar. Sie bestehen aus verschiedenen Elementen, dazu kommen erhebliche Entschädigungen für Sitzungen, Ausschussvorsitze, Fraktionschefs und Präsidiumsmitglieder. Insgesamt bewegt sich der Erhöhung für einfache Abgeordnete bei über 50%!!

² Das schließt Autos, Lastwagen und Trucks genauso ein wie Mopeds, Motorräder und Busse und steht seit 1996 als Aufgabe der Exekutive im hiesigen StrVG. In all diesen Jahren hat keine Regierung die notwendigen Verordnungen erlassen; 2024 ordnete das Verfassungsgericht an, dies endlich zu tun.

Und dann kam der zweite GAU. Eines der Themen des Vormonats war der tragische Busunfall am 10.2. in der Hauptstadt. 54 Passagiere starben und markierten ein Vor- und Nachher. Gut einen Monat später, am 17.3., veröffentlichte die Exekutive vier Verordnungen, die der im Februar beschriebenen Anarchie des Straßenverkehrs begegnen sollten. Sie ordneten längst nötige Maßnahmen an, taten das aber auf eine Weise, die improvisiert und nicht durchdacht erschien. Binnen 45 Tagen sollte die Pflichtversicherung für alles, was im weitesten Sinn KFZ ist, eingeführt werden.² Dazu kamen verschärfte Kontrollen, erhöhte Bußgelder und der Beginn erster technischer Kontrollen von Bussen und Lastwagen. So weit, so gut.

Wir fragten uns sofort, warum um Himmels Willen Maßnahmen für so verschiedene Sektoren³ zum gleichen Stichtag umgesetzt werden sollten. Offensichtlich gab es keine Analyse möglicher Konsequenzen der Vermischung krimineller Strukturen mit sozialem Sprengstoff. Das konnte nicht gut gehen, zumal die Regierung im Vorfeld nichts tat, um die Maßnahmen zu erklären, berechtigten Fragen vorzugreifen und vor allem, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Die Pflichtversicherung stellt vor allem für die MotorradfahrerInnen ein großes Problem dar; sie will nicht nur bezahlt werden, sondern ist für die 1 – 1,5 Millionen FahrerInnen ohne Führerschein (sie sind nicht versicherungsfähig) gar nicht zugänglich. Die Alternative wäre gewesen, mit Lastwagen oder Bussen anzufangen, um den anderen Gruppen Zeit zu geben (z.B. um den Führerschein zu machen) und natürlich auch, um den Widerstand gegen die Reformen sektorenweise zu überwinden. Dazu wurde bekannt, dass vorher weder mit den Versicherungen über

³ Hier überschneiden sich kriminelle Strukturen wie die Piraten-Taxis, die immer wieder Teil der Erpressungsnetze der kriminellen Banden sind mit denen der Überlandbusse, die die Hauptursache von Massenunfällen darstellen und ein Niemandsland für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften (Notizen 108) sind. Dazu kommen kleinere Fuhrunternehmen, von denen einige Gelder waschen und vom Drogenhandel leben, während andere korrekt operieren; außerdem sind da die ca. 3 Millionen Motorräder, von deren Besitzern aber nur ein gutes Drittel einen Führerschein hat.

Preise und Bedingungen gesprochen noch erwogen wurde, eine eigene Versicherung zu entwickeln.

Stattdessen kam es zu einer fast überfallartigen Anordnung der Reformen. Vielleicht ahnten sie ja, was kommen konnte und wollten den erwartbaren legitimen wie illegitimen Widerstand übertölpeln... was alles nur schlimmer machte; so wurde die Öffentlichkeit nicht vorbereitet, während der Plan schon durchsickerte. Wie schon so oft war die Kommunikation der Regierung eine einzige Katastrophe und fast unmittelbar nach der Veröffentlichung der Verordnungen kam es zu ersten Straßenblockaden. Sie waren längst vorbereitet und das Ganze ein gelungenes Fressen für den Pakt und seine kriminellen Alliierten. Am 18. und 19.3. wurden zeitweise zwischen 30 und 50 Verkehrsknotenpunkte blockiert, mit Schwergewicht auf der Hauptstadt und ihren Nachbarstädten.

Plötzlich fühlte sich das Zentrum der Hauptstadt wie zu Zeiten der Pandemie an. Da viele der Einfallstraßen blockiert waren, wurde es fast zur Fußgängerzone. Das weckte auch Erinnerungen an Oktober 2023, als der breite Widerstand der Bevölkerung das Land stilllegte und den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Porras forderte.

Und doch war es diesmal anders. Einige der Blockaden waren fast menschenleer und bestanden aus quergestellten Lastwagen, unter denen sogar ein gerade gestohlener auftauchte. Andere bestanden aus illegalen Taxis, von denen ein Teil ihrer Eigentümer den kriminellen Banden zugerechnet werden. Von der manchmal sogar fröhlichen Aufbruchstimmung der Blockaden 2023 war wenig zu spüren. Auch wenn vor der Bethania⁴ auf dem Periférico wie 2023 MotorradfahrerInnen blockierten, war selbst hier die Stimmung eher bedrohlich und düster. Vom Fußgängerübergang über den Periférico

hingen menschengroße Puppen mit einem Seil um den Hals.

Der Innenminister sprach von kriminellen Strukturen, die die Blockaden organisierten, später nur noch von infiltrierten Agenten. Wieder war die Kommunikation widersprüchlich. Tatsache ist, dass es überall Provokateure gab, die sich hinter dem legitimen Widerstand versteckten. Steigende Aggressivität und Gewalt an den Sperren wurden genauso benutzt wie die Hetze in den Netzen. Figuren wie Sandra Torres oder Felipe Alejos nutzten die Gelegenheit, ereiferten sich über die „unbezahlbaren Kosten für die Familien“ und riefen zum Widerstand gegen die „korrupte Regierung“ auf, während sie gerade noch der Erhöhung der Entschädigungen für die Abgeordneten zugestimmt hatten. Parallel taten Bürgermeister wie Quiñonez das Ihre, um das Chaos zu vergrößern und stoppten den städtischen Busverkehr.

Trotz der Hetze, der Provokationen und des sozialen Sprengstoffes angesichts höherer Kosten für die Familien war die Grundstimmung in der Hauptstadt nicht wirklich aggressiv; es gab Unterstützung und Verständnis für die Maßnahmen, nicht aber für die Art und Weise ihrer Anordnung. Dazu kam, dass der CACIF, der sich nicht ausdrücklich gegen die Reformen gestellt hatte, immer heftiger forderte, gegen die Blockaden vorzugehen. Derweil installierte die Regierung einen runden Tisch, der aber schon Teil des Ausstiegsszenarium zu sein schien.

Dennoch erklärte Arévalos Sprecher am Morgen des zweiten Tags der Blockaden energisch, dass es kein Zurück gebe. Das Land brauche die Reformen. Sie seien unverhandelbar.

Dieser zweite Tag der Blockaden war ein Mittwoch. Am Tag drauf, dem 20.3., stand ein anderes Ereignis an: die Übernahme der Geschäfte durch den neuen Vorstand der

⁴ Die Bethania ist ein zentrurnahes Viertel der Hauptstadt, das sozial eher zur unteren Mittelklasse gehört und schon immer einen kämpferischen Ruf hatte.

Anwaltskammer (CANG). Auch davon sprachen die letzten Notizen, da der gerade gewählte Vorstand eine Erneuerung des Gremiums will und hoffentlich eine wichtige Rolle bei der 2026 anstehenden Ernennung der neuen VerfassungsrichterInnen und des/r GeneralstaatsanwältIn spielen wird.

Möglicherweise beschlich die Regierung Panik davor, ab Donnerstag zwei heiße Eisen händeln zu müssen, da der auslaufende CANG-Vorstand ankündigte, sich der Amtseinführung seiner Nachfolger zu widersetzen und im Amt bleiben zu wollen⁵. Auch hier drohten Blockaden. Nur waren aber weder das Datum noch die Tatsache, dass der aktuelle Vorstand Teil des Paktes war, ein Geheimnis und hätten Teil einer ernsthaften strategischen Analyse der Regierung sein müssen.

Wenige Stunden nach den markigen Worten seines Sprechers kündigte Arévalo die Rücknahme der Verordnungen an.⁶ Wieder wurde ein Kübel eiskalten Wassers über die Köpfe derjenigen geschüttet, die ihn trotz seiner Schwächen und Fehler, immer wieder verteidigen. Die indigenen Autoritäten waren nicht begeistert von den Reformen, einige sogar dagegen⁷, aber sie erlegten sich Mäßigung und viele eine eher neutrale Rolle auf. Sie wollten diese Regierung nicht noch mehr schwächen. Die aber schoss sich ganz allein in den Fuß...

Kopfschütteln, Entsetzen, Wut.... all das gab es nach dem Rückzug; auch das Schweigen von Freunden, die noch nicht bereit waren, ihre Kritik

laut zu äußern, aber zur Verteidigung des gerade Geschehenen keine Worte mehr fanden.

Schon am nächsten Tag mischten sich diese Gefühle mit dem Adrenalin des zweiten Schauplatzes (CANG)... und mit neuer Wut über die Dreistigkeit des Paktes, hinter der kurzfristig die Enttäuschung über die Regierung verschwand. Der neue Vorstand der Anwaltskammer, der sein Amt antreten wollte, stand mit einer Gerichtsentscheidung in der Hand⁸ vor den verschlossenen Türen der Kammer. Seine Vorgänger klammerten sich ans Amt und das nicht nur mit Sicht auf 2026 (s.o.) sondern auch auf die Vergangenheit. Seit Jahren verschwinden die nicht unerheblichen Gelder der Kammer in den Taschen ihrer Vorstände, in Trinkgelagen oder in Wahlkampagnen. Der neue Vorstand der Liste 10 hatte deshalb angekündigt, als erstes die Bücher des CANG prüfen zu lassen. Das löste Panik aus.

Dennoch gab der alte Vorstand kurz vor Mitternacht auf und zog ab. Pati Gamez, die ehemalige Richterin und Kämpferin für eine unabhängige Justiz schaffte es mit ihrem Team: sie übernahmen das Amt und feierten einen wichtigen Sieg.

Trotz aller Erleichterung darüber verschwanden damit weder die Enttäuschung noch die Wut über die vorherigen Stümpereien. Vor allem die indigenen Autoritäten und hier vor allem die 48 Kantone ließen nicht locker bei der Frage der Erhöhung der Entschädigungen. Am 24.3. erschienen sie, die ja schon die Initialzündung zur Revolte 2023 gegeben hatten, vor dem

⁵ Er ist fester Teil des Paktes und berief sich auf die ausstehende Entscheidung über eine Anfechtung des Wahlergebnisses vor der Versammlung der Präsidenten der restlichen Berufskammern. Tatsächlich hat eine solche Anfechtung keine aufschiebende Wirkung, zumal diese Instanz bisher nicht einmal zu einer Sitzung geladen hatte; stattdessen hatte das zuständige Wahlgericht das Ergebnis längst bestätigt. Der Pakt flüchtete sich demgegenüber in diese neue Strategie, um den alten Vorstand geschäftsführend zu erhalten. Das Kalkül war, die Stimmen der Anwaltskammern bei der Auswahl der VerfassungsrichterInnen und des/r GeneralstaatsanwältIn 2026 als vakant zu erklären, um dann den Status Quo mit den aktuellen Statthaltern des Paktes ebenfalls geschäftsführend im Amt zu lassen... Neuernennungen würde es dann erst nach Arévalo geben.

⁶ Es begründete das mit einer Vereinbarung am runden Tisch, nach der innerhalb eines Jahres ein neues StrVG mit den entsprechenden Reformen vorgelegt werden soll. Seit 30 Jahren ist es das gleiche Spiel bei diesem Thema: Reformen werden auf- und jetzt auch noch die Verantwortung an einen Kongress geschoben, der keinerlei Interesse an diesem heißen Eisen hat.

⁷ Als erstes protestierten die indigenen Bürgermeister von Sololá, dann die 48 Kantone gegen die Maßnahmen. Das wundert nicht wirklich, da natürlich auch diese Strukturen mit sozialen Interessen verbunden sind und z.B. regionale und lokalen Fuhrunternehmen nahestehen. Sie nahmen aber nicht an den Blockaden teil.

⁸ Die ordnete dem alten Vorstand an, das Mandat noch am gleichen, vom Gesetz vorgeschriebenen Tag, zu übergeben.

Kongress, wurden aber trotz stundenlanger Wartezeit nicht vorgelassen. Sie forderten u.a. die Rücknahme der Erhöhung der Entschädigungen für die Abgeordneten und eine Reduzierung der Gehälter der Spitzenbeamten. Andernfalls drohten sie das Land erneut still zu legen. Sie gingen auch zum Regierungssitz Arévalos. Er hatte sie vor der Amtsübernahme noch mit Freuden empfangen. Diesmal war es nur sein Repräsentant.

Aber die Drohung entfaltete Wirkung und endlich reagierten verschiedene Fraktionen, darunter SEMILLA, mit Initiativen zur Annullierung der Erhöhung... aber es wirkte schon, als wollten sie noch auf den fahrenden Zug steigen. Zu der schon vorher angesetzten Sitzung kamen nur 70 Abgeordnete; der Rest setzte auf Zeit und verhinderte die Beschlussfähigkeit des Plenums.

Auch wenn das Plenum dem Druck noch standzuhalten schien, dem Präsidium war er zu viel. Am Tag drauf annullierte es seinen Beschluss vom Dezember für die Erhöhung. Ein dreister Raubzug war damit Geschichte. Manche Abgeordnete füllten sich jetzt das Maul mit Worten von der Freude, wieder auf der Seite des Volkes zu stehen; andere suchten da schon neue Fronten.⁹

Auch der März schien also guten Nachrichten zu haben, aber die Folgen des Vertrauensverlustes in SEMILLA und Regierung sind sehr ernst. Arévalo hat sich entschieden, bis 2026 mit der korrupten Justiz zu koexistieren und sich damit zum Spielball ständiger Angriffe und Putschversuchen gemacht. Dazu steht in den Sternen, ob 2026 wirklich zum Wendepunkt der Justiz wird; aber das ist noch nicht alles.

⁹ Nery Ramos, Kongresspräsident, hatte selbst gegen den Erhöhungsbeschluss gestimmt und dazu mehrfach die Anerkennung SEMILLAS als Fraktion unterstützt. Er steht jetzt unter schwerem Beschuss der Abgeordneten, die an der Erhöhung festhalten wollen. Seine Absetzung ist möglich. Gleichzeitig wurden plötzlich Gerüchte über die Netze verbreitet, dass die Regierung eine Steuer auf Tortillas, ein Grundnahrungsmittel, erheben wolle. Es war eine dreiste Lüge, die sofort von Protesten auf den Straßen der Zone 15 (einer der reicheren Zonen!!!) begleitet wurde.

SEMILLA war einmal ein zweites Kraftzentrum des Wechsels und damit u.a. Korrektiv der Exekutive. Das war gesund und Teil eines demokratischen Prozesses, gilt aber heute nicht mehr. Beide scheinen beratungsresistent, Arévalo hört nur noch auf den inneren Zirkel und die Fraktion scheint sich der Logik des blinden Gehorsams verschrieben zu haben.¹⁰

Solange sich das nicht ändert, wird unser Eis brechen, auch wenn das der Regierung noch hält. Sie muss dringend lernen zuzuhören und dazu müssen Führung und Initiative zurück ans Volk und vor allem zu den aneztralen Autoritäten. Auf sie kommt es an. Sie müssen sich mit den richtigen Forderungen an die Spitze setzen... auch wenn das nicht leicht ist, denn auch sie sind (s. Fn. 7) mit konkreten Interessen verwoben. Aber es gibt keinen anderen Weg.

Miguel Mörtz

CSJ	Corte Suprema de Justicia, das oberste Gericht
CC	Corte de Constitucionalidad, Verfassungsgericht
CANG	Colegio de Abogados y Notarios, Anwalts- und Notarkammer
FECI	Fiscalía Especial contra la Impunidad, Sonder-Staatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit
FG	Fiscal General, Generalstaatsanwältin
MP	Ministerio Público, Staatsanwaltschaft
StrVG	Strassenverkehrsgesetz. Hier heißt es Ley de Tránsito
TSE	Tribunal Supremo Electoral, oberstes Wahlgericht
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten (hier OEA)

¹⁰ Raúl Barrera, Abgeordneter von SEMILLA sagte es Plaza Pública mit verblüffender Offenheit: „Wer die Linie von SEMILLA diktiert ist der Präsident und wenn der Präsident, statt das System herauszufordern, vorzieht, zusammen mit nicht wünschenswerten Akteuren zu regieren oder alles tut, die Regierbarkeit zu erhalten, laufen wir dahinter her und unterstützen ihn.“ Zitiert nach Plaza Pública, 19.3. „Así claudica Semilla ante Consuelo Porras“